

Doch noch Hoffnung?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **86 (2011)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Doch noch Hoffnung?

In Sachen Streumunition zeichnet sich am politischen Horizont ein ganz dünner Silberstreifen ab: Am 18. Oktober 2011 stimmte die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrates mit 13 zu 11 Stimmen für Nichteintreten. Aber der Kampf ist noch nicht gewonnen. Das Plenum der Volkskammer entscheidet im Dezember.

Der Entscheid auf Nichteintreten kam in der Kommission nach heftiger Diskussion zustande. Die 26-köpfige SiK tagte in Anwesenheit von Bundespräsidentin Calmy-Rey und von Bundesrat Maurer.

Micheline Calmy-Rey setzte sich vehement für Eintreten ein. Sie kämpfte entschlossen für die Ratifizierung des Abkommens, gemäss dem die Schweizer Artillerie ihre Kanistermunition vernichten müsste.

Hunderte Millionen Franken

Der knappe Entscheid kam mit den sieben Stimmen der SVP und je drei Stimmen der FDP und der CVP zusammen. Zwei freisinnig-liberale Nationalrätinnen enthielten sich der Stimme; so ermöglichten sie das Mehr von 13 Nein zu 11 Ja. Für Nichteintreten stimmten ausschliesslich Männer.

Für Eintreten votierte in der Kommission erwartungsgemäss die geschlossene rot-grüne Linke.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates stellt sich mit seiner Mehrheit gegen den Ständerat, der das Abkommen in der Herbstsession mit 27 zu 0 Stimmen ratifiziert hatte – wie schon einmal gemeldet, bei 19 Abwesenden, was in der Standeskammer selten vorkommt.



Beste Munition im Wert von mehreren 100 Millionen Franken verschrotten? Nein!

Gegen das Eintreten führten die bürgerlichen Nationalräte namentlich ins Feld, eine Vernichtung der Kanistermunition würde die Schweizer Artillerie im innersten Kern treffen. Das Verbot der Streumunition würde die Fähigkeit der Armee, das Land zu verteidigen, empfindlich schwächen.

Ausserdem sei es eine Dummheit, die beste Munition im Wert von mehreren 100 Millionen Franken zu zerstören, wo doch

die Armee an allen Ecken und Enden spare: weniger fahre, weniger schieesse, weniger fliege, weniger Diensttage leiste.

Der Kampf im Nationalrat für die Streumunition wird bitter. Micheline Calmy-Rey nahm das Nichteintreten fuchsteufelswild auf. Die vereinte Linke wird mit Feuereifer gegen die Munition kämpfen. Entscheiden wird – wie immer zur Armee – die politische Mitte. fo.

Söldner bewachen Schweizer Botschaft in Tripolis – Warum nicht die Armee?

In der libyschen Hauptstadt Tripolis bewachen ausländische Söldner die Schweizer Botschaft. Den Bewachungsauftrag erhielt ausgerechnet die umstrittene Firma Aegis, die einen Sitz auch in Basel unterhält. Der gegenwärtig auf drei Monate befristete Aegis-Vertrag kostet die Schweiz enorm viel Geld – Söldner arbeiten bekanntlich nur für gutes Geld.

Warum bewacht nicht die Schweizer Armee die Schweizer Botschaft im Bürgerkriegsland Libyen? Die Armee wäre dazu absolut fähig. Sie verfügt über zwei bestens ausgebildete, vorzüglich ausgerüstete Verbände, welche die Botschaft in Libyen ohne weiteres beschützen könnten. Der

eine Verband ist das geheimnisumwobene Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10), das sich im Tessin auf solche Einsätze vorbereitet. Das AAD 10 stand schon zur Debatte, als es darum ging, 30 Mann für den Anti-Piraten-Kampf am Horn von Afrika zu stellen. Schon damals scheiterte der AAD-10-Einsatz politisch – an einer unheiligen Allianz im Nationalrat.

Der andere Verband, der die Botschaft in Tripolis ohne Probleme bewachen könnte, ist das Spezialdetachment der Militärischen Sicherheit, das sogenannte Spez Det. Das Spez Det ist gründlich ausgebildet in allen Belangen des Personen- und des Objektschutzes – mit

hin exakt im Aufgabenspektrum, um das es in Libyen geht. Personell ist das Spez Det derart gut dotiert, dass es den Auftrag zugunsten der Schweizer Botschaft in Tripolis sofort hätte übernehmen können.

Weshalb also eine Söldnerfirma, die erst noch das Gewaltmonopol des Staates, eine Säule der eidgenössischen Sicherheitspolitik, in Frage stellt? In Bern erhält man überall und übereinstimmend nur eine Antwort: «Das ist politisch» – um mit Goethe zu reden: «Ein garstig Lied, pfui, ein politisch Lied.» An der militärischen Fähigkeit der Armee jedenfalls liegt es nicht.